

Schenck-Mutter Dürr hat volle Orderbücher

ZWISCHENBERICHT Aufträge über eine Milliarde im Haus / Prognose bekräftigt

BIETIGHEIM-BISSINGEN/DARMSTADT. (dpa/apd). Die Geschäfte bei Dürr laufen weiter gut. Der Umsatz ging zum Jahresstart zwar zurück – das hat aber besondere Gründe.

Der Maschinen- und Anlagenbauer Dürr, Mutter der Darmstädter Carl Schenck AG, sieht die Turbulenzen in der chinesischen Wirtschaft gelassen. In China sei die Auftragspipeline gut gefüllt, hier zeichne sich gleichfalls eine Zunahme der Investitionen in Produktionsanlagen für Elektroautos ab, sagte Vorstandschef Ralf Dieter am Donnerstag in Bietigheim-Bissingen (Kreis Ludwigsburg). Der Auftragseingang stieg in den ersten drei Monaten des Jahres um 17 Prozent auf rund eine Milliarde Euro.

Wegen des Wegfalls steuerlicher Sonderbelastungen infolge der 2014 erfolgten Übernahme des Holzmaschinenbauers Homag verbuchte das Unternehmen einen Gewinnsprung. Der Überschuss stieg im ersten Quartal um 128 Prozent auf 38,6 Millio-

nen Euro. Der Verkauf einer Immobilie in den USA brachte zusätzliches Geld in die Kasse.

Der Umsatz des Konzerns ging hingegen leicht um 2,8 Prozent auf 825,2 Millionen Euro zurück. Den Rückgang hatte das Unternehmen erwartet. Denn infolge verschobener Projekte aus 2014 waren die Erlöse im vergangenen Jahr besonders hoch ausgefallen.

Das börsennotierte Unternehmen stellt unter anderem komplette Lackieranlagen für die Autoindustrie her. Dürr bekräftigte seine Prognose. Der Konzern will einen Umsatz zwischen 3,4 und 3,6 Milliarden Euro erwirtschaften und damit etwas weniger als im Vorjahr. Das operative Ergebnis soll das Rekordniveau des vergangenen Jahres aber erreichen. Es betrug 2015 rund 268 Millionen Euro.

In Darmstadt hat die Tochter Schenck Rotec rund 500 Mitarbeiter. Weltweit setzt der Darmstädter Auswuchtspezialist mit 1200 Beschäftigten 200 Millionen Euro um.



Gut laufen die Geschäfte bei Dürr.

FOTO: DPA

Biotest kommt voran

QUARTALSAZAHLEN Pharmafirma aus Dreieich steigert Umsatz und Ertrag

DREIEICH (red/apd). Der im S-Dax notierte Pharmakonzern Biotest AG, der am Standort Dreieich rund 250 Millionen Euro investiert, ist gut ins neue Jahr gestartet.

Im ersten Quartal 2016 erwirtschaftete die Biotest-Gruppe, Spezialist für Immunglobuline (Antikörper genannte Eiweiße, die wichtig sind für das Immunsystem des Menschen) den Angaben von Donnerstag zufolge Umsatzerlöse von 147,1 (142,5) Millionen Euro. Dies entspricht einem prozentualen Anstieg von 3,2 Prozent. Alle Segmente trugen zu dieser positiven Entwicklung bei. In der Region Asien und Pazifik verdoppelte sich das Geschäft auf nun 15,8 Millionen, so dass

in dieser Region mittlerweile 10,7 Prozent des Gesamtumsatzes erzielt wurden. Das Ebit auf Konzernebene konnte im ersten Quartal auf 8,6 (0,1) Millionen gesteigert werden. Während Biotest im Kernsegment Therapie im Vorjahreszeitraum einen Verlust beim Ebit verzeichnete, fiel das operative Ergebnis nun leicht positiv aus. Im Segment Plasma & Services stieg das Ebit um 18,3 Prozent auf 8,4 Millionen.

Der Vorstand erwartet für das Gesamtjahr weiterhin einen Umsatzanstieg im niedrigen einstelligen Prozentbereich sowie ein Ebit im Bereich von 33 bis 35 Millionen Euro. Die Aktie rutschte 2015 nach außerplanmäßigen Abschreibungen von knapp 30 auf 18 Euro ab.

Telefontarife

Die günstigsten Tarife im Inland von Mo - Fr

Ferngespräche			Ortsgespräche		
Zeit	Vorwahl	Tarif	Zeit	Vorwahl	Tarif
0-7	01028	0,10	0-7	01028	0,10
	01070	0,53		01070	0,69
7-8	01019	0,74		01097	0,88
	010012	0,87	7-9	01028	0,97
8-9	01019	0,74		01052	1,24
	01011	0,98		01019	1,48
9-10	01011	0,98	9-18	01028	0,97
	01068	1,47		01052	1,24
10-12	010012	0,87		01079	1,84
	01011	0,98	18-19	01052	0,84
12-18	01011	0,98		01019	0,86
	01068	1,47		01028	0,97
18-19	01068	0,87	19-20	01070	0,79
	01011	0,98		01019	0,86
19-22	01070	0,79		01097	0,92
	01097	0,84	20-24	01070	0,79
22-24	01019	0,69		01097	0,92
	01070	0,79		01013	0,94

Festnetz zu dt. Mobilfunk: Mo - So, 0 - 24h
0-24 01068 2,69 01097 3,88

Alle Anbieter mit kostenloser Tarifansage; kurzfristige Änderungen möglich. Nutzung nur von einem Festnetzanschluss der Dt. Telekom mögl.. Internet: www.echo-online/ratgeber

Hessenmetall: Mang bestätigt

FRANKFURT (red). Die Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes Hessenmetall hat Wolf Matthias Mang erneut zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Mang führt gemeinsam mit seiner Frau Simone Weinmann-Mang die Geschäfte der Arno Arnold GmbH, Obertshausen. Das Unternehmen stellt mit knapp 100 Mitarbeitern Industriabdeckungen für Maschinen her. Mang ist seit 2013 Vorsitzender von Hessenmetall und Vizepräsident von Gesamtmetall, seit 2014 Präsident der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) und Mitglied im Präsidium der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Die hessische M + E-Industrie erzielte 2015 mit 213 000 Mitarbeitern einen Umsatz von 57 Milliarden Euro.

Viel Arbeit, wenig Geld

ARBEITSMARKT Wanderarbeiter werden oft um ihren Lohn betrogen / „Faire Mobilität“ berät sie seit fünf Jahren



Der Bau ist eine Branche, in der Wanderarbeiter eingesetzt werden – oft in Subunternehmen.

ARCHIVFOTO: DPA

VON REGINE HERRMANN

FRANKFURT. Zu wenig Lohn, keine Verträge, keine Krankenversicherung: Wanderarbeiter aus Osteuropa arbeiten oft unter miesen Bedingungen. Das Projekt „Faire Mobilität Hessen“ hilft ihnen.

Schimmel an den Wänden, undichte Fenster, zu wenige Duschen und Toiletten, acht Mann auf einem 25-Quadratmeter-Zimmer, Miete: 300 Euro pro Bett und Monat. Ivan Ivanov kennt solche Zustände mitten in Frankfurt. Wanderarbeiter wohnen oft so: „Die haben auf dem angespannten Wohnungsmarkt keine Chance.“

Ivanov kennt auch die Zustände an den Arbeitsplätzen der Männer. Beim Projekt „Faire Mobilität Hessen“ berät er Arbeiter aus Bulgarien, seine Kolleginnen Letitia Matarea-Türk und Ilona Anna Jocher helfen Polen und Rumänen, zu ihrem Recht zu kommen.

Zum Beispiel auf dem Bau – im boomenden Rhein-Main-Gebiet ein Schwerpunkt des Projekts. „Das mit Abstand größte Problem ist der Lohnausfall“, erzählt Ivanov, selbst gebürtiger Bulgare. „Normalerweise unterschreibt ein Arbeitnehmer seinen Vertrag bevor er seine Stelle antritt. Bei vielen Bau-

RAT UND HILFE

Arbeit weit weg von der Familie

Das Projekt „Faire Mobilität“ existiert seit 2011. **Beratungsstellen** gibt es in Frankfurt, Berlin, Dortmund, Kiel, München und Stuttgart.

Finanziert wird „Faire Mobilität“ vom Bundesarbeitsministerium und dem Deutschen Gewerkschaftsbund mit bundesweit 1,5 Millionen Euro pro Jahr. In Hessen kommen weitere 70 000 Euro pro Jahr vom Sozialministerium dazu.

Träger der Frankfurter Beratungs-

stelle ist der **Europäische Verein für Wanderarbeiterfragen.**

Als Wanderarbeiter werden Arbeitnehmer bezeichnet, die in einem Land arbeiten, aber nicht dauerhaft wohnen. **Die Familien bleiben in den Herkunftsländern,** die Arbeiter sehen sie oft nur zwei oder drei Mal im Jahr. Branchen, in denen häufig Wanderarbeiter beschäftigt werden, sind: Bau, Pflege, Landwirtschaft, Gebäudereinigung, Fleischwirtschaft. Die Zahl der Wanderarbei-

ter in Deutschland ist unbekannt, weder das Statistische Bundesamt noch die Agentur für Arbeit erheben sie.

Kontakt zur Frankfurter Beratungsstelle in der Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77: Ivan Ivanov, Telefon: 06915345231, Mail: ivan.ivanov@emwu.org; Letitia Matarea-Türk, Telefon: 06927297567, Mail: letitia.turk@igbau.de; Ilona Anna Jocher, Telefon: 06927297566, Mail: ilona.jocher@emwu.org.

arbeitern ist es umgekehrt.“ Wie hoch der Lohn und wie lange die Arbeitszeiten sind, werde oft erst einmal mündlich abgesprochen. Der schriftliche Vertrag werde nachgereicht, hören die Arbeiter. Sie müssen manchmal Monate darauf warten, manchmal auch bis zu Sankt Nimmerleins.

Lohnausfall: Das kann heißen, dass die Arbeiter viel weniger bekommen, als ihnen zusteht. „In einem Fall hätten die Leute eigentlich 4000 Euro bekommen müssen, wenn man den Bau-Mindestlohn von 11,25 Euro zugrunde legt. Sie bekamen aber nur 1000 Euro.“ Viele fänden sich damit ab. Weil sie keine Scherereien wollen. Weil

sie kaum Deutsch beherrschen und juristische Auseinandersetzungen kompliziert sind. Oder weil sie sich sagen: besser 1000 Euro als gar nichts. „Damit rechnen einige Firmen.“ Er habe von Unternehmen auch schon das Argument gehört, 1000 Euro seien in Osteuropa doch immer noch eine Menge Geld, sagt Ivanov.

Es kommt auch vor, dass die Arbeiter gar nicht bezahlt werden. Vor einem Jahr erregte der Fall Kaczor Aufsehen: Der Subunternehmer prellte 300 Bauarbeiter, unter anderem im Frankfurter Europaviertel, um ihren Lohn. Für etwa 100 von ihnen konnten „Faire Mobilität“ und IG Bauen-Agrar-Umwelt

bei den Generalunternehmern durchsetzen, dass ein Großteil des Geldes doch noch ausgezahlt wurde.

Warum Arbeitnehmer sich überhaupt darauf einlassen, ohne Vertrag ihre Stelle anzutreten, erklärt Ivanov mit der Aqoise: Unternehmer, die Arbeiter brauchen, fragen oft jemanden, der schon auf der Baustelle arbeitet, ob er Landsleute auf Jobsuche kenne. Der hört sich in seinem Heimatort um: „Da gibt es dann vielleicht einen Bekannten, der jemanden kennt.“

Arbeiter, die so angeworben werden, vertrauen in der Regel ihrem Landsmann, wenn er sagt: Alles in Ordnung. Das gilt

nicht nur auf dem Bau, sondern auch bei Saisonarbeitern in der Landwirtschaft oder Pflegekräften in Privathaushalten. So kommt es auch, dass sie Verträge unterschreiben, die sie mangels Deutschkenntnissen gar nicht verstehen. Dann sind sie plötzlich als Selbstständige angemeldet, haben keine Krankenversicherung oder es wird ihnen Geld für Arbeitsmaterial vom Lohn abgezogen. Bei den Beratungen „spielen auch Kündigungen eine große Rolle“, sagt Ivanov. „Oft wird in der Probezeit gekündigt, weil die Arbeitgeber keine Verpflichtungen eingehen wollen.“

„Wir kennen diese Probleme auch“, sagt Rainer von Borstel, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Baugewerblicher Unternehmer Hessen. Natürlich gebe es auch Subunternehmer, die sich korrekt verhalten, aber viele schwarze Schafe seien in der Branche eben auch zu finden. Um das zu ändern, müsste eigentlich schärfer kontrolliert werden, findet von Borstel. Aber mangels Personal beim zuständigen Zoll „finden Kontrollen nur begrenzt statt“.

Die Zahl der Ratsuchenden bei „Faire Mobilität“ steigt. 2014 bearbeiteten Ivanov und seine Kolleginnen 752 Fälle, im vergangenen Jahr waren es 924.

Investmentbanker in Haft

URTEIL Siebenunddreißigjähriger hat rund 13 Millionen Euro veruntreut / Kunden nicht über Risiken informiert

MANNHEIM (dpa). Er veruntreute Millionen und tätigte sogar mit dem Geld seiner damaligen Freundin riskante Investments – ein früher Investmentbanker ist nun vom Landgericht Mannheim verurteilt worden.

Das Landgericht Mannheim hat einen früheren Investmentbanker wegen Veruntreuung von etwa 13 Millionen Euro zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und zehn Monaten verurteilt. Nach Überzeugung der Mannheimer Richter informierte der 37 Jahre alte Banker mehrere Privatkunden zwischen 2007 und 2009 nicht über Risiken von Spekulationsgeschäften. Zudem tätigte der damals als erfolgreich geltende Investmentbanker demnach ohne Wissen der Kunden riskante Investments mit deren Geld.

Bei den getäuschten Kunden handelte es sich teilweise um Bekannte des Verdächtigen. Sogar ein früherer Jugendfreund



Hat mehrere Privatkunden nicht über Risiken von Spekulationsgeschäften aufgeklärt und muss wegen Veruntreuung von Millionenbeträgen fünf Jahre und zehn Monate in Haft: ein 37 Jahre alter Investmentbanker aus Mannheim.

FOTO: DPA

und die damalige Lebensgefährtin des Angeklagten gehörten dazu.

Der 37-Jährige hatte sämtliche Taten eingeräumt und vor dem Urteil am Donnerstag noch

einmal sein Bedauern ausgedrückt. Mit dem Urteil blieb das Gericht unter den Forderungen der Staatsanwaltschaft. Sie hatte eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren gefordert.

Nach Ansicht der Anklage umging der damalige Investmentbanker die „dilettantischen“ Kontrollmechanismen der Bank geschickt, um etwa durch Umbuchungen entstan-

dene Verluste zu verschleiern. Als Motiv hatte die Staatsanwaltschaft eine Art Profilierungssucht ausgemacht.

Wie die Vorsitzende Richterin sagte, gilt ein Jahr der Freiheitsstrafe schon als abgesessen, so dass der Angeklagte noch höchstens vier Jahre und zehn Monate einsitzen muss. Hintergrund ist die lange Bearbeitungszeit in dem Fall.

Drei Jahre bis zur Anklageerhebung

Die Veruntreuungsvorwürfe wurden zwar schon 2009 konkret, bis zur Anklageerhebung dauerte es allerdings noch einmal bis Mai 2012. Wie es vom Gericht hieß, sind die verschiedenen Kammern des Landgerichts in der Regel nur mit der Mindestzahl erforderlicher Richter ausgestattet. Das führe zu Engpässen bei Krankheitsfällen in den Kammern und einer gleichzeitig hohen Anzahl von Prozessen.